

Ein Leben in der Gewerkschaftsbewegung

Ewald Wehner (16.3.1932-13.11.2007)

Forum
Gewerkschaften

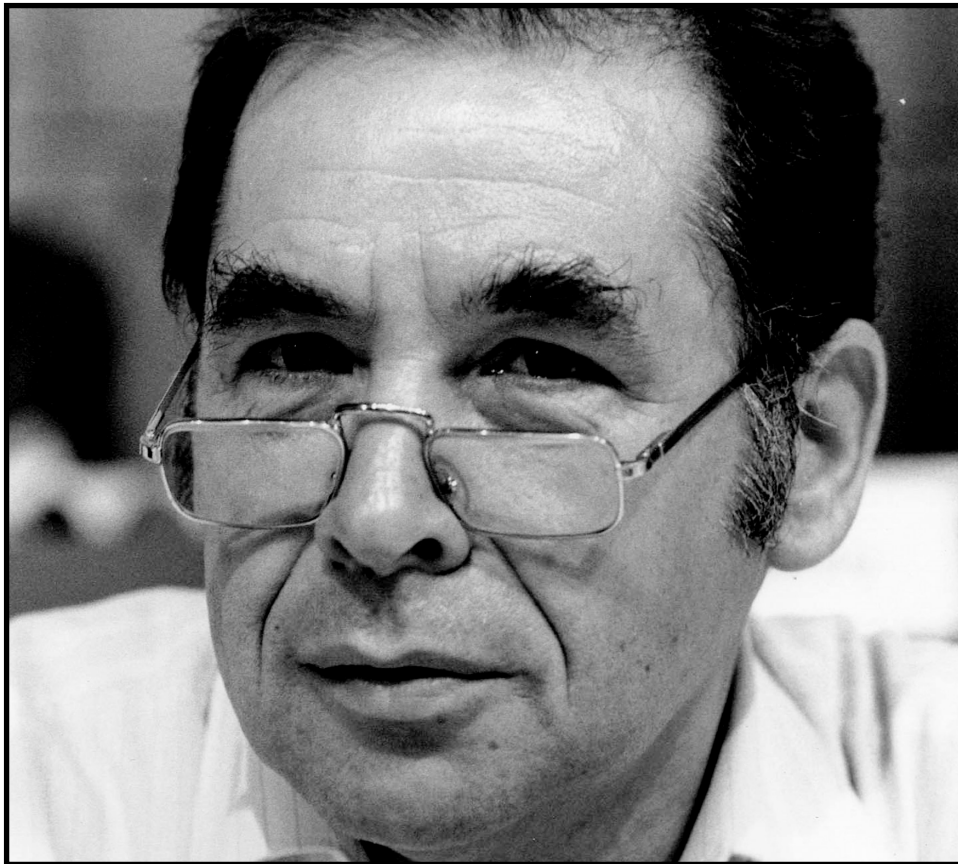


Foto: Hermann Wesseling, Köln

engste verbunden war (und noch ist): in Gladenbach. Er war wohl zu dieser Zeit Bezirkssekretär der DPG in Hessen. Ich kam aus dem nahen Marburg und war zu dieser Zeit (der Ausdruck scheint mir heute ganz treffend) Hilfskraft bei Wolfgang Abendroth. Ich weiß nicht einmal mehr genau, worum es bei diesem Treffen ging – ob um Fragen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit oder (nach der Bildung der großen Koalition in Bonn Ende 1966) um das Projekt der Gründung einer linkssozialistischen Partei, das Wolfgang Abendroth (mit seinen jungen Hilfskräften) zu dieser Zeit unterstützte. Auf jeden Fall hat mich dieser Mensch, dem ich danach sehr lange nicht mehr begegnet bin, nachhaltig beeindruckt – und jedes Mal, wenn ich in den letzten Tagen sein Bild angeschaut habe, ist diese Erinnerung wieder lebendig geworden. Ewald machte einen durchaus strengen Eindruck – er wirkte zuerst etwas kühl, distanziert; dann aber fiel auf, dass er für diese jungen Linken aus der Universität durchaus Sympathien hatte. Seine Strenge hatte stets mit der Sache zu tun, die ihm wichtig war: die Interessenvertretung der arbeitenden Menschen und die Handlungsfähigkeit der Organisation. Wir konnten sofort nachvollziehen, dass er in Auseinandersetzungen mit dem sozialen und politischen Gegner sehr hart und schroff sein konnte.

Ewald hat unsere Zeitschrift durch zahlreiche Beiträge bereichert. Es waren im Wesentlichen drei Schwerpunkte, zu denen er immer wieder interveniert hat. Auf der einen Seite hatte er sich in der Tätigkeit im Vorstand der DPG und auch als Richter beim Bundesarbeitsgericht ein umfassendes Wissen in arbeitsrechtlichen – vor allem auch beamtenrechtlichen – Fragen angeeignet, auf das er mit Recht sehr stolz war. Als wir uns im Forum Gewerkschaften etwa Mitte der 1990er Jahre wieder begegneten, war er gerade aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, aber außerordentlich aktiv; denn er war ständig zu Schulungsveranstaltungen unterwegs, bei denen es um die arbeitsrechtlichen Konsequenzen der Privatisierung der Post für die betriebliche Interessenvertretung ging. Der

Am Abend des 13. November 2007 starb nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren unser Freund, Kollege und politischer Mitstreiter Ewald Wehner. Gebürtiger Frankfurter, gewerkschaftliches Urgestein, Sozialist.

Die Kolleginnen und Kollegen des *Forum Gewerkschaften* der Zeitschrift *Sozialismus* sowie der *Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik – WISSENTTransfer* hatten das Glück, dass Ewald Wehner mit uns mehr als ein Jahrzehnt im *Forum* zusammen gearbeitet hat – und dass er zusätzlich im Vorstand von *WISSENTTransfer* (neben Sybille Stamm, Detlef Hensche, Horst Schmitthenner, Karl Georg Zinn, Richard Detje und mir)

an unserem Projekt beteiligt war, wissenschaftlich fundierte Kapitalismuskritik auf der Höhe der Zeit und eine Praxis kämpferischer gewerkschaftlicher Interessenvertretung zusammenzuführen. Ewald Wehner war zudem (bis vor zwei Jahren) – zusammen mit Heinz Günter Lang – Sekretär der Initiative *Gewerkschaftslinker*, die sich Ende der 1990er Jahre gebildet hatte.

Ich habe Ewald zum ersten Mal vor vielen Jahrzehnten, so um die Mitte der 1960er Jahre, getroffen – an einem Ort, der für Kolleginnen und Kollegen der damaligen Deutschen Postgewerkschaft (DPG) einen ganz besonderen Klang hat, weil er mit ihrem eigenen Bildungsprozess in ihrer Gewerkschaft auf das

Kommentar zum »Postpersonalvertretungsgesetz«, den er – mit zwei Kollegen – 2005 im Luchterhand-Verlag veröffentlichte, zeugt von dieser fachlichen Kompetenz. Außerdem hat Ewald in die Debatte um gewerkschaftliche Grundsatzprogramme eingegriffen: In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab sich der DGB ein neues Grundsatzprogramm – und, nachdem die DPG 2001 in ver.di aufgegangen war – äußerte er sich mehrfach zum Verfahren wie zu den Inhalten der Programmdebatte in seiner Organisation.

Schließlich galt das Interesse von Ewald den Konsequenzen der Privatisierung der Post (wie auch anderer öffentlicher Unternehmungen) als Teil der neoliberalen Politik der Deregulierung und Privatisierung, die seit den 1980er Jahren die herrschende Politik wie die herrschenden Ideologien bestimmte. Eine Veröffentlichung zu diesem Thema, die Ewald herausgegeben hatte, trug den Titel: »Aus der Erfahrung mit der Bundespost lernen – Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Versorgung«. Im Vorwort schrieb er: »Die Privatisierung des öffentlichen Sektors steht mit im Zentrum der neoliberalen, marktradikalen Agenda. Ob Bildung oder Gesundheit, ob Wasser oder Altersvorsorge – alles soll zum Profitfeld der Konzerne gemacht werden ... Alle die damals von der Deutschen Postgewerkschaft vorhergesagten Folgen der Privatisierung sind eingetroffen: die Versorgung der Kunden hat sich ebenso verschlechtert wie die Lage der Beschäftigten. Post und Telekom haben in den letzten Jahren über 200.000 Arbeitsplätze abgebaut – im November 2005 hat die Telekom erklärt, bis 2008 weitere 32.000 Arbeitsplätze zu streichen.« Genau an diesem Punkt verbindet sich die Kritik der Privatisierung mit den Erfahrungen des Arbeitsrechtlers Wehner. Er war zu der Überzeugung gelangt (schon vor den Streiks bei der Telekom in diesem Sommer), dass die Gewerkschaften nur dann die großen Privatisierungsprojekte (die jetzt auch bei der Bahn anstehen) verhindern können, wenn sie über das Instrument des politischen Streiks verfügen, das schon deshalb in diesen Fällen ange-

messen ist, weil diesen Privatisierungsmaßnahmen jeweils Entscheidungen des Gesetzgebers vorausgehen. Mit anderen Worten: Ewald focht in den letzten Jahren für eine Erweiterung des Streikrechts nach dem Vorbild von Nachbarländern wie Italien und Frankreich. Deshalb hob er es als positiv hervor, dass in die Materialien der ver.di-Programmdebatte der folgende Punkt aufgenommen worden war: »Ver.di erachtet den politischen Streik als eine legitime Form der Auseinandersetzung und tritt für die Kodifizierung eines Rechtes auf politischen Streik in Deutschland ein, wie man sie in vielen europäischen Ländern findet.«

Ewald war im Alter – so schien es manchen – radikaler geworden. Mir scheint jedoch, dass das Bild der »zornigen alten Männer«, deren schlechte Laune aus ihrem Machtverlust im Übergang ins Rentnerdasein resultiert, in seinem Fall überhaupt nicht zutrifft. Die Schärfe seiner Kritik entstand vielmehr aus einer konkreten Einschätzung der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den letzten beiden Jahrzehnten, die auch den Organisationen der Lohnabhängigen – wie insgesamt den sozialistischen Bestrebungen – schwere Niederlagen zugefügt hatten. Er war sich der Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit – weltweit und auf der Ebene des Betriebes – zugunsten kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse sehr wohl bewusst – und er wollte auf jeden Fall verhindern, dass sich in den Gewerkschaften Positionen durchsetzen, die sich – unter dem Titel der »Modernisierung« – diesen Verhältnissen in der Theorie (das betrifft das programmatische Selbstverständnis) wie in der gewerkschaftlichen Praxis (das betrifft z.B. das »Co-Management«) anpassen bzw. unterwerfen. Deshalb hob er in seinem letzten Aufsatz für unsere Zeitschrift über die ver.di-Programmdebatte als positiv hervor, dass der »Versuch« erst mal gescheitert war, »der neu gegründeten gewerkschaftlichen Massenorganisation ein Programm der politischen Beliebigkeit mit unverbindlichen Allerweltsaussagen überzustülpen, ohne auch nur ansatzweise den Klassencharakter einer kapitalistischen Gesellschaft zu berücksichtigen.« Ewald war – auch und gerade als

Postgewerkschafter – radikaler geworden, weil er wusste, wie viele Kämpfe und Anstrengungen es gekostet hatte, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (und hier der Post) sichere Beschäftigung (und verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Mitbestimmungsrechte durchzusetzen – und dass dies nur mit starken Gewerkschaften erfolgreich sein konnte. Er wusste deshalb auch, dass die Privatisierung den Abbau sozialer Sicherheit (durch Beschäftigungsabbau und Öffnung zum Niedriglohnsektor), den Abbau von Mitbestimmungsrechten und schließlich auch die Schwächung der Gewerkschaften zum Ziel hatte, dass also hier eine Rückwärtsentwicklung einsetzt (die man heutzutage fälschlicherweise als »Reformen« bezeichnet), die die Errungenschaften eines langen – weit ins vergangene Jahrhundert zurückreichenden – Kampfes der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Frage stellt. Ewald zitierte gerne den Satz: »Wer nicht weiß, wo er herkommt, kann auch nicht wissen, wo er hin will.« Bei den Treffen unseres »Forums« war er derjenige, der uns immer wieder daran erinnerte, dass das, was da diskutiert und publiziert wird, auch für die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb verständlich und nachvollziehbar und insofern für die gewerkschaftliche Interessenvertretung nützlich sein muss. Intellektuelle Diskurse, die diesem Kriterium überhaupt nicht entsprachen, konnten nicht mit seiner Sympathie rechnen. Er mochte kein Geschwafel. Da entdeckte ich wieder den strengen Ewald Wehner, den ich lange zuvor in Gladenbach kennengelernt hatte. Aber Ewald war kein Antiintellektueller; er selbst war hochgebildet – belesen, fachlich qualifiziert auf höchstem Niveau! Ewald hatte niemals vergessen, wo er hergekommen war und wie er sich entwickelt hatte. Dieser Typus des klassenbewussten Funktionärs hat die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stark gemacht! Wir hatten gehofft, dass wir – nachdem er seine schweren Herzoperationen überstanden hatte – noch lange auf seine Mitarbeit zählen können. Nun trauern wir, dass wir einen wertvollen Mitstreiter verloren haben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Frank Deppe, Frankfurt a.M.